Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 20. Juni	Nr. 802

Der Führer an Max Schmeling.

München, 20. Juni. Der Führer hat an Max Schmeling folgendes Telegramm gesandt:

„Max Schmeling, New York. Nehmen Sie zu Ihrem großartigen Erfolg meinen herzlichsten Glückwunsch entgegen.

Adolf Hitler."

An Frau Schmeling sandte der Führer folgendes Telegramm:

„Frau Schmeling, Berlin-Dahlem. Zu dem wunderbaren Sieg Ihres Mannes, unseres größten deutschen Boxkämpfers, muß ich Ihnen aus ganzem Herzen gratulieren. Adolf Hitler."

Wie wir hören, übersandte der Führer nach Erhalt der Nachricht von Schmelings Sieg Frau Schmeling einen Blumenstrauß.

Weitere Glückwünsche.

Berlin, 20. Juni. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick als der für den deutschen Sport zuständige Minister hat an Max Schmeling nach New York das folgende Telegramm gerichtet:

„Hocherfreut über Ihren großartigen Sieg spreche ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche aus.

Heil Hitler!

gez. Dr. Frick,

Reichs- und Preußischer Minister des Innern."

Reichssportführer von Tschammer und Osten richtete nachstehendes Telegramm an Schmeling:

„Dem Pionier des deutschen Vorsports, der dank seiner eisernen Energie und seines vorbildlichen Einsatzes über einen bisher unbesiegten Mann einen großen Erfolg errungen hat, spreche ich namens des deutschen Sports herzliche Glückwünsche aus.

Reichssportführer von Tschammer."

Dr. Goebbels an die Witwe des Dichters Lersch.

Berlin, 20. Juni. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat an die Gattin des verstorbenen Dichters Heinrich Lersch, Frau Erika Lersch, Bodendorf im Rheinland, das folgende Beileidstelegramm gesandt:

„Zum unerwarteten Tode Ihres Gatten spreche ich Ihnen mein herzliches und aufrichtiges Beileid aus. Dem deutschen Volke, an das er sich stets aus ganzem Herzen bekannt hat, wird Heinrich Lersch und sein dichterisches Werk unvergessen bleiben."

Aus der Diplomatie.

Berlin, 20. Juni. Der Litauische Gesandte Saulys hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationssekretär Kazys Kareda die Geschäfte der Gesandtschaft.

Der Präsident der Ungarischen Nationalbank über Schacht.

Budapest, 19. Juni. Der Präsident der Ungarischen Nationalbank, Dr. Imredy, gab anläßlich der Abreise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht der Presse eine Erklärung ab, in der er bedauert, daß Dr. Schacht nicht länger habe in Ungarn verweilen können. Die Sympathien und die Verehrung und Bewunderung, mit der sämtliche Kreise des ungarischen Wirtschaftslebens die wirklich großzügige Arbeit des deutschen Reichsbankpräsidenten bereits aus der Ferne verfolgt hätten, hätten sich durch den unmittelbaren Verkehr mit der fesselnden Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten nur verstärkt.

„Den Reichsbankpräsidenten", so schloß Dr. Imredy, „begleiten unsere besten Wünsche und die innigste Hoffnung, daß der während dieser kurzen Zeit gepflogene Meinungsaustausch über die die beiden Länder gemeinsam interessierenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen fruchtbringend zur Kräftigung des bereits begonnenen Gesundungsprozesses im Wirtschaftsleben und Warenaustausch zwischen den beiden Ländern beitragen möge."

Vor seinem Abreise war der Reichsbankpräsident bei einem Frühstück Gast des Handelsministers von Winchler. An dem Frühstück nahmen der stellvertretende Ministerpräsident Daranyi, Finanzminister Fabinyi, Industrieminister Bornemisza, der Nationalbankpräsident Imredy, der bisherige Gesandte von Madensen und zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten teil.

Die Presse würdigt von neuem in gründlichen Ausführungen die vom Reichsbankpräsidenten geführte Finanz- und Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches.

Im nationalpolitischen Ujs Magyarság heißt es, Dr. Schacht sei heute der Künder einer neuen europäischen Wirtschaftsordnung. Der Budapester Besuch zeichne dem ungarischen Wirtschaftsleben die Umrisse eines neuen europäischen Wirtschaftssystems vor, in der die wirtschaftlichen Kräfte der Nationen organisch aufgehaut und jeder, vom letzten Arbeiter bis zu dem obersten Leiter der Industrie und des Handels, in gewaltiger geschlossener Organisation seinen Platz finde.

Freudiger Widerhall der Eden-Rede in Budapest.

Budapest, 19. Juni. Die ganze ungarische Presse begrüßt freudig die Unterhaus-Rede des englischen Außenministers.

„Nur ein großes Volk", so schreibt das Regierungsorgan **Budapesti Hirlap**, „kann es sich leisten, so kühn und offen von seiner bisherigen Politik abzuschwenken, nachdem sich einmal die Erkenntnis durchgerungen hatte, daß ihre Fortsetzung unrichtig gewesen wäre. Durch den Umschwung der englischen Regierung die Vorwürfe ohne Umschweife gerade heraus sagte, wurden ihre menschlichen und politischen Tugenden nicht geschmälert, sondern im Gegenteil erhöht. Auch die jahrhundertelate Bewunderung des ungarischen Volkes gegenüber England wurde durch die Unterhausrede gesteigert. Die Freunde des Friedens können nunmehr die feste Hoffnung hegen, daß die Unterhaussitzung zum Ausgangspunkt einer Politik werde, die durch die Geltendmachung zweckmäßiger Vorbeugungsmittel die Grundlage für einen gerechten und auf Gleichberechtigung und Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten beruhenden Frieden schaffe."

Uj Magyarság betont, daß Eden einen menschlichen und europäischen Triumph zum Ruhme Englands davongetragen habe. Seine fühlen aber höhen Worte hätten eine neue Lage in Europa geschaffen. Ein aufrichtiger Friede zwischen England, Italien und Deutschland könnte eine neue Grundlage für das zukünftige europäische Gebäude abgeben. Ein Zusammenschluß dieser drei großen Völker könnte dem Wahnsinn der Friedensverträge ein Ende bereiten und neues Vertrauen, neue Kraft und neuen Glauben in die auf Zusammenarbeit angewiesene große europäische Gesellschaft hineintragen.

„Wir begrüßen", so schließt das Blatt, „mit Freude die Rede Edens, weil sie eine neue Welt des Friedens und des Fortschritts verkündet."

Harte Strafen für österreichische Nationalsozialisten.

Wien, 19. Juni. Vor dem Schwurgericht in Krems standen 11 österreichische SA-Führer aus dem niederösterreichischen Waldviertel unter der Anklage des Hochverrats. Sie waren beschuldigt, an einer Unterstützungsaktion für notleidende österreichische Nationalsozialisten beteiligt gewesen zu sein.

Die Hauptangeklagten, Standartenführer Oesterreicher und Ingenieur Zaroch, wurden zu je 15 Monaten schweren Kerkers, der Handelsangestellte Tüchler zu 12 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Geheimbündelei Arreststrafen von 4 bis 10 Monaten.

Hauptversammlung der Sudetendeutschen Partei.

Eger, 19. Juni. Am Freitag wurde die Hauptversammlung der Sudetendeutschen Partei mit einer Verlautbarung der Amtsleitung eröffnet. Zunächst hielt **Dr. Brand** einen Vortrag über die Grundlage der sudetendeutschen Politik.

„Auf tschechischer Seite muß man sich darüber klar sein," so erklärte er, „ob man die Sudetendeutschen wirklich als organischen Bestandteil des Staates werten, oder an ihre völlige Verdrängung denken will. Eine solche Verdrängung ist aber heute angesichts einer zum vollen Nationalbewußtsein erwachten Volksgruppe nur durch Anwendung brutalster Gewaltmethoden möglich. Die Lösung wäre in einer neuen Inhaltgebung der Demokratie zu finden. Anstelle der liberalen Demokratie muß die organische Demokratie treten, die die völkischen Gemeinschaften als über den Einzelnen stehende Einheit anerkennt. Also müsse anstelle des heutigen tschechoslowakischen Staatszentralismus, der zur Lösung der Nationalitätenfrage nicht fähig ist, ein organischer Aufbau treten, der sich auf die Volkskörperschaften stützt."

Als zweiter Redner sprach **Dr. Sebekowsky** über „Das Sudetendeutschtum im politischen Kräftespiel". Die Sudetendeutschen seien heute im Sinne einer neuen Ordnungsidee politisiert und seit entschlossen, sie mehr nachzugehen, bis diese Idee ihre bleibende Heimatstätte gefunden habe. Das Ziel heiße Ausgleich von Volk zu Volk, Aufbau des Staates auf den Volkskörpern, die Volkskörper selbst verwalteten, selbst gestalteten und selbst verantworteten. Der völkische Sozialismus als neue Triebkraft stehe im Mittelpunkt des Geschehens unserer Tage.

Dr. Sebekowsky schloß: „Wir müssen noch härter und solidarischer werden. Man hat uns vorgeworfen der Sudetenländer im alten Staat oft die treuesten Oesterreicher genannt. Beweisen wir, daß die Tugenden der Treue, Disziplin und Pflichterfüllung tatsächlich oberstes Gesetz unseres Handelns sind."

Ueber den „Kampf des Sudetendeutschtums und die Neuordnung Europas" sprach der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der Partei, **Frank**. „Durch ihr Dasein allein", so führte er aus, „und durch ihren ständigen Kampf, den die Sudetendeutschen gegen die sie bedrückende ungeheure Not führen, sind sie täglich und stündlich eine lebendige Warnung für Europa. Die gut begründeten und dauerhaften Beziehungen wirtschaftlicher und handelspolitischer Natur zum Deutschen Reich sind eine Lebensfrage für die Tschechoslowakei und ihre Völker. Die rein politisch bestimmten Pakte mit Frankreich und der Kleinen Entente vermochten keinen Ersatz zu schaffen.

„Zeits traditionelles, teils von Sowjetrußland und den marxistischen Parteien neu erzeugtes Vorurteil gegenüber dem Deutschen Reich sowie das Nichtverstehenkönnen seiner innerpolitischen Entwicklung brachten es mit sich, daß die Tschechoslowakei bis heute zu seinem größten Nachbarn kein Verhältnis wirklich gut nachbarlicher Beziehungen und fruchtbarer Zusammenarbeit fand. Die tschechoslowakische Außenpolitik stellte sich einheitlich auf Seiten Sowjetrußlands.

„Aber im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, eines wirklichen wirtschaftlichen Aufstieges und um der Erhaltung des Friedens willen sollte die Tschechoslowakei nicht Sperrfort gegenüber Deutschland, sondern Brücke zwischen dem deutschen Zentrum Mitteleuropas und dem Südosten sein. Gelingt es den Sudetendeutschen aus eigener Kraft, eine Neuordnung der Verhältnisse im Staate durch einen Ausgleich mit dem Mehrheitsvolk zustande zu bringen, dann kann eine solche Lösung in gleicher Weise dem Staat wie den in ihm lebenden Nationalitäten dienen. Eine Völkerordnung, auf Volksordnungen gegründet, muß gefunden werden, die das heilige Lebensrecht der Völker wahrt, das die Völker leben und wachsen läßt, so wie sie aus Gottes Hand hervorgegangen sind, das ist der Traum vom Weltfrieden!"

Samuel und Cecil gegen Aufhebung der Sühnemaßnahmen.

London, 19. Juni. Auf einem Kongreß der Liberalen Partei sprachen Sir Herbert Samuel und Lord Cecil, die sich in schärfster Form gegen die Aufhebung der Sühnemaßnahmen aussprachen. Samuel erklärte, man könne einer kapitulativen Regierung nicht das Vertrauen schenken, eine Völkerbundspolitik zu machen. Ihr Herz bleibe bei einer solchen Politik unbeteiligt.

Lord Cecil sagte, die Behauptung, daß die Sühnemaßnahmen gegen Italien zwecklos seien, sei falsch. Er sei der Ansicht, daß sie nicht eine unbedeutende Wirkung gehabt, sondern auch einen starken Druck auf die italienische Regierung ausgeübt hätten.

„Giornale d'Italia" zur Rede Edens.

Rom, 19. Juni. Die Unterhausrede Edens wird vom Giornale d'Italia als eine wichtige Tatsache gewertet, deren Freimut und klare Bestimmtheit in mehr als einem Punkte anerkannt werden müsse. Es sei ein Zeichen der Kraft und des Verantwortungsbewußtseins, begangene Fehler zuzugeben und nicht darauf zu bestehen, wenn sie gefährlich zu werden begönnen. England, das, wie Eden anerkenne, die Initiative der Führung bei der Sanktionspolitik ergriffen habe, habe auch den größten Rechtstitel darauf, jetzt die notwendige Revision einzuleiten. Die italienische Nation könne ihrer Genugtuung über den politischen und moralischen Sieg Ausdruck geben, der den strahlenden Sieg ihrer Waffen vervollständige und bei niemandem düstere Ränkesucht oder tendenziöse Vorsätze zurückließen sollte. Mit der gewohnten Ruhe erwarte jetzt die italienische Nation die nächsten Entscheidungen von Genf, auf die sie ihre endgültige Einstellung für die nächste Zukunft aufbauen könne.

Die „Tribuna" zur Idee eines Mittelmeerpaktes.

Rom, 19. Juni. Der neue Direktor der Tribuna begrüßt in einem Leitartikel die „teilweise Evolution" der englischen Auffassung, betont aber, daß für die übrigen Probleme, wie Mittelmeer und Südosteuropa, die Lage noch vorerst unverändert geblieben sei, weshalb Italien „seine weitestgehenden und starken Vorbehalte" anmelden müsse.

Der Londoner Korrespondent des gleichen Blattes unterzieht die Idee eines Mittelmeerpaktes schon jetzt einer bemerkenswerten Kritik. Die von Eden behauptete Notwendigkeit der Beibehaltung der im vergangenen Winter für das Mittelmeer getroffenen Flottenbereinbarungen bilde nach seiner Ansicht ein, wenn auch nur vorläufiges antiitalienisches Flottenbündnis. Der Versuch Edens, zwischen diesem Bündnis und dem Völkerbund einen Zusammenhang herzustellen, sei eine seltsame Angelegenheit, die zu der Annahme berechtige, daß die englische Regierung in dieser Richtung gewisse Sonderziele verfolge.

Es könne niemandem entgehen, daß dieses vorläufige Bündnis für die ganze Dauer der Konferenz von Montreux beibehalten werden könnte. Gleichzeitig, ob man sich in Montreux auf die Wiederbefestigung der Dardanellen beschränke, oder ob der Rahmen der diplomatischen Besprechungen auf den geplanten Mittelmeerpakt ausgedehnt werde, sei in beiden Fällen nicht zu verstehen, wie die gegen Italien gerichtete englisch-französisch-spanisch-griechisch-türkisch-jugoslawische Front mit ihrem Zwang den Abschluß einer Verständigung erleichtern könne.

Im großen und ganzen würde man im Mittelmeer eine ähnliche Lage schaffen wie im Rheinland, würde also für das Mittelmeer den gleichen politischen und psychologischen Fehler begehen, der die Krise des Locarnopaktes hervorgerufen habe. Wolle London Italien im Mittelmeer etwa einkreisen? Wenn dem so wäre, so müßte man trotz der Aufhebung der Sanktionen feststellen, daß die Staatsmänner aus der jüngsten Geschichte nichts gelernt hätten.

Delbos über die Sanktionsfragen.

Paris, 19. Juni. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird Außenminister Delbos den Standpunkt der französischen Regierung in der Sanktionsfrage am Dienstag in der Kammer darlegen. Außenminister Delbos habe bereits im Ministerrat eine bis ins Einzelne gehende Darstellung der internationalen Lage gegeben. Die Haltung der französischen Regierung, so wird betont, sei klar. Nach der von der britischen Regierung getroffenen Entscheidung werde sie sich der Abschaffung der Strafmaßnahmen gegen Italien nicht widersetzen. Diese Entscheidung könne aber nur beim Völkerbund durch eine gemeinsame Entschließung der beteiligten Mächte erfolgen.

Andererseits sei der Ministerrat in Uebereinstimmung mit den vom Außenminister gegebenen Anregungen der Ansicht, daß es für die französische Regierung notwendig sei, nunmehr unverzüglich die Lehre aus den abessinischen Ereignissen zu ziehen, indem man eine Verfassung des Völkerbundes vorbereite, die ein Zurückweichen verhüte, das im wesentlichen auf dem Völkerbundspakt zu begründen sei. In diesem Sinne seien entsprechende Anweisungen an die diplomatischen Auslandsvertreter Frankreichs ergangen.

Einzelheiten der beabsichtigten Verstärkung des kollektiven Sicherheitssystems sind bisher nicht bekannt. Aber es verlautet, daß die französische Regierung abzielt, eine Aenderung der Einstimmigkeitsvorschrift bei der Anwendung des Artikels 11 des Völkerbundspaktes (Kriegsverhütung) vorzunehmen, und auf die Verwirklichung regionaler gegenseitiger Beistandspakte. Es ist jedoch noch nicht bestimmt, ob dieser Plan bereits in der kommenden Sitzung des Völkerbundes vorgelegt werden soll, oder ob die französische Regierung zunächst einen Meinungsaustausch mit den übrigen Staaten durchführen wird.

Die Streikgefahr im Pariser Elektrizitätswerk behoben.

Paris, 20. Juni. Die Streikgefahr im Pariser Elektrizitätswerk konnte am Freitag behoben werden. Obgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern noch keine endgültige Uebereinstimmung zustandegekommen ist, haben die Arbeiter in einer Versammlung, in dem guten Willen der Arbeitgeber anerkannt und beschlossen, in der Hoffnung auf eine baldige Einigung die Arbeit fortzusetzen.

Dagegen haben die Schweinefleischträgerbetriebe für Sonnabend den allgemeinen Streik ausgerufen.

Stockende Arbeitswiederaufnahme in Kowno.

Kowno, 19. Juni. Obwohl die für den Kownoer Polizeistreik vorgesehenen 24 Stunden vorüber sind, wurde die Arbeit nur in einzelnen Betrieben wiederaufgenommen. Der Autobusverkehr begann mit zweistündiger Verspätung, er wickelt sich jedoch nur in der Innenstadt ab. Es verlautet, daß die Arbeiter der meisten Privatbetriebe den Streik bis Montag fortsetzen wollen, um ihrer neuen Forderung auf Freilassung der Verhafteten Nachdruck zu verleihen. Etwa 400 hinausgeben soll, nachdrücklich zu verleihen.

Der Verkehr zwischen den Vorstädten und dem Zentrum wird von Polizeiposten streng überwacht und vorläufig nur in beschränktem Umfange zugelassen. Nach der Verkündigung des Kriegszustandes haben die Ansammlungen aufgehört. Die Polizeiwache, die Post und einige andere staatliche Gebäude werden durch Polizeiposten bewacht.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.